



NEWSLETTER 06/2011

# FORUM | MIGRATION



## Migrationsrealismus in der Bevölkerung

### Migrationsgutachten 2011 des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration

Im April 2011 hat der Sachverständigenrat deutscher Stiftungen für Integration und Migration (SVR) sein zweites Jahresgutachten – „Migrationsland 2011“ – vorgelegt. Die Zuwanderungspolitik in Deutschland muss „mit mutigen Konzepten zukunftsfester“ werden – dies eine zentrale Forderung des SVR.

Das Gutachten analysiert und bewertet Zuwanderung, Ab- bzw. Auswanderung und Migrationspolitik in Deutschland vor internationalem Hintergrund.

Dazu wurden erstmals in einem SVR-Migrationsbarometer mehr als 2.450 Personen mit und ohne Migrationshintergrund nach ihren Einschätzungen und Bewertungen von Migration und Migrationspolitik befragt. Im Ergebnis sieht der SVR eine Kluft zwischen erregten publizistischen und politischen Diskursen und durchaus pragmatisch-nüchternen Einschätzun-

gen im Alltag der Bürgergesellschaft. Der SVR-Vorsitzende, Prof. Klaus J. Bade, fordert daher „ein Ende des Versteckspiels der Politik mit den angeblichen Ängsten der Bevölkerung“ und „mehr Mut zu klaren und nachvollziehbaren Konzepten in der Migrationspolitik“. Das gelte für Abwanderung und Zuwanderung ähnlich wie für die Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden.

Das Gutachten verweist auf die demografische Entwicklung und den daraus resultierenden Fachkräftemangel. Der SVR fordert deshalb neben einer auch nachholenden Qualifikationsoffensive, die alle verfügbaren Potenziale erschließt, zusätzliche Reformschritte, um mehr hoch qualifizierte Fachkräfte für den Zuzug nach Deutschland zu gewinnen.

In der Bevölkerung gibt es dafür Rückhalt. Die Ergebnisse des SVR-Migrationsbarometers zeigen: Eine klare Mehrheit von rund 60 Prozent der Befragten mit und ohne Migrationshintergrund befürwortet eine stärkere Zuwanderung von Hochqualifizierten.

Weiter auf Seite 2

### INHALT 06/2011

Migrationsrealismus in der Bevölkerung	1
Antidiskriminierungsrecht	2
Mit gutem Beispiel vorangehen	2
Zahlenwerk: Einschätzung der Zuwanderungspolitik	2
Legale Migration erleichtern – illegale Migration verhüten	3
Unterstützung beim Berufseinstieg	3
ausgeLAGERT	3
Termine	3
Neue EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma und Sinti muss Aufbau nachhaltiger Strukturen verfolgen – Kommentar von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma	4



Das Migrationsbarometer belegt daneben auch eine überraschend hohe Zustimmung zu einer verstärkten Aufnahme von Flüchtlingen und Asylsuchenden: 48,5 Prozent der Befragten ohne Migrationshintergrund und 40,9 Prozent der Zuwandererbevolkerung befürworten dies. „Auch hier verwechselt Politik die nüchternen Einschätzungen der Bürgergesellschaft oft mit hysterischen publizistischen Diskursen“, erklärte der SVR-Vorsitzende Klaus J. Bade. Die Politik sollte die Einsicht der Bürger in Sachen Migration nicht länger unterschätzen. Aufgegeben werden sollte „die handlungslähmende bzw. Nichthandeln legitimierende Berufung auf eine angeblich verbreitete ‚Das Boot ist voll‘-Panik.“

Das Jahresgutachten „Migrationsland 2011“ kann auf der Internetseite des Sachverständigenrats heruntergeladen werden: [www.svr-migration.de](http://www.svr-migration.de)

## Antidiskriminierungsrecht

### Jahresrückblick 2010 der Antidiskriminierungsstelle des Bundes

Die Antidiskriminierungsstelle des Bundes (ADS) veröffentlichte Ende März 2011 eine Publikation unter dem Titel „Wichtige Entwicklungen beim Diskriminierungsschutz im Jahr 2010 – ein Jahresrückblick“, in der die wichtigsten Gesetzesinitiativen und Urteile des letzten Jahres zusammengetragen wurden. Beispielsweise gab das Arbeitsgericht Hamburg der Klage eines von der Elfenbeinküste stammenden Mannes statt, der wegen angeblich unzureichender Sprachkenntnisse als Postzusteller abgelehnt wurde. Beim telefonischen Erstkontakt sei der Mann durch die Sprachprüfung gefallen, er hätte sich nicht klar und deutlich ausdrücken können. Da das Auswahlverfahren des beklagten Unternehmens nach Auffassung des Gerichts weder geeignet noch erforderlich gewesen wäre, die Deutschkenntnisse eines Postzustellers zu ermitteln und es außerdem überzogen gewesen wäre, erhielt der Kläger eine Schadensersatzzahlung von 5.400 Euro.

Ein Fall vor dem Bundesarbeitsgericht (BAG) ging jedoch weniger glücklich für den Kläger aus. Ein in Spanien geborener Produktionshelfer wurde auf Grund unzureichender Deutschkenntnisse gekündigt. Das BAG wies die Klage ab, weil die Kenntnis der deutschen Schriftsprache ein sachlich gerechtfertigtes Ziel sei, um den betrieblichen Ablauf problemlos zu bewältigen. Außerdem sei die Kündigung erst erfolgt, nachdem der Kläger mehrmals die vom Arbeitgeber angebotenen Sprachkurse abgelehnt hatte.

Der Jahresrückblick 2010 kann auf der Internetseite der Antidiskriminierungsstelle des Bundes heruntergeladen werden: [www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/20110331\\_Jahresueckblick\\_2010.html](http://www.antidiskriminierungsstelle.de/SharedDocs/Downloads/DE/publikationen/20110331_Jahresueckblick_2010.html)

## Mit gutem Beispiel vorangehen

### ver.di-Bundesmigrationskonferenz: Über Quote bei eigenen Beschäftigten nachdenken

Am 6. und 7. Mai 2011 trafen sich Delegierte aus zehn der elf ver.di-Landesbezirke in Berlin zur 1. Bundesmigrationskonferenz. Bundesweite Treffen der mit dem Thema Migration befassten Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter gab es schon vorher. Dieses Mal war es die erste Konferenz seitdem dem Arbeitsfeld Migrantinnen und Migranten/Migrationspolitik auf dem ver.di-Bundeskongress 2007 der Status einer Personengruppe zuerkannt wurde. Daraus leitet sich zum Beispiel das Recht ab, einen Delegierten zum Bundeskongress entsenden zu können. Von daher war es aus Sicht des scheidenden Sprechers des Bundesmigrationsausschusses, Ibrahim Isik, eine „historische Tagung“.

Auf der Tagung wurde Bilanz gezogen, was in den Jahren seit 2008, dem letzten Treffen auf Bundesebene, an Arbeit geleistet wurde.

Ein zentrales Thema der letzten Jahre war der von der Bundesregierung initiierte Nationale Integrationsplan (NIP). Darin haben die beteiligten Akteure – unter anderem Bund, Länder und Kommunen sowie die Gewerkschaften – die Selbstverpflichtung übernommen, für eine bessere Integration von Migrantinnen und Migranten zu sorgen. Konkret angegangen wird das mit dem Nationalen Aktionsplan (NAP).

In diesem Zusammenhang wurde vom Bundesministerium des Innern (BMI) das Dialogforum „Migranten im öffentlichen Dienst“ geschaffen, an dem ver.di beteiligt ist. Ziel ist es, den Anteil der Beschäftigten mit Migrationshintergrund im öffentlichen Dienst deutlich zu erhöhen. ver.di hat die Aufgabe übernommen, in ihrem Bereich über die Möglichkeit der Beschäftigung

im öffentlichen Dienst zu informieren und auch die Personalräte anzusprechen und dafür zu werben, sich des Themas anzunehmen.

Zuwanderer im öffentlichen Dienst ist bei ver.di seit geraumer Zeit ein wichtiges Thema bei der Frage Zugang zum Arbeitsmarkt. In der Diskussion auf der Bundesmigrationskonferenz wurde die Forderung nach einer Quote für Auszubildende im öffentlichen Dienst erneuert. Eine solche Forderung – so ein anderes Argument – könne man als Gewerkschaft sehr viel glaubhafter vertreten, wenn man mit gutem Beispiel vorangeht.

Der ver.di-Vorsitzende, Frank Bsirske, ging in seinem Referat auf der Bundesmigrationskonferenz auf das Thema ein. Bei der Einstellung von NachwuchsssekretärInnen müsse ver.di über eine Quote nachdenken, so Bsirske. Pro Jahr werden 15, 16 NachwuchsssekretärInnen eingestellt, wenn davon drei oder vier einen Migrationshintergrund haben ist man aus Sicht des ver.di-Vorsitzenden einen Schritt weiter.

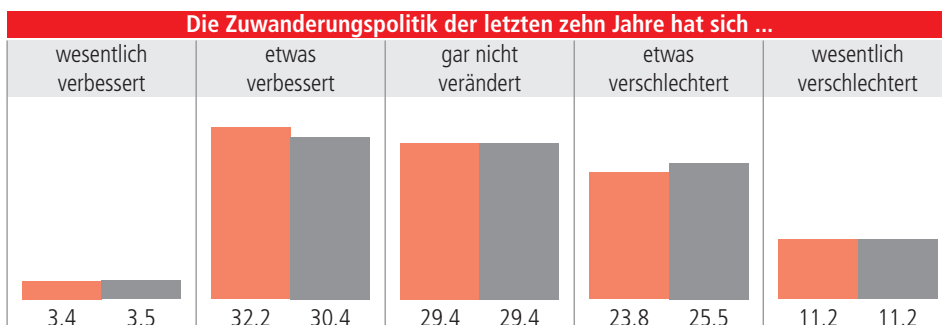
Um auch an die entsprechenden Bewerberinnen und Bewerber heranzukommen, hat die Personalabteilung ver.di-Beschäftigte mit Migrationshintergrund eingeladen, um zu prüfen, ob sie in ihren Netzwerken Menschen kennen, die Interesse an einer solchen Tätigkeit haben. Hier ist also ein Anfang gemacht.

Weitere Themen, die diskutiert wurden, waren das Kommunalwahlrecht für Drittstaatsangehörige, die Anerkennung im Ausland erworbener Berufsabschlüsse und die Situation von Zuwanderern ohne Papiere.

Als neuer Vorsitzender des ver.di-Migrationsausschusses wurde Erdogan Kaya aus Berlin gewählt.

## Einschätzung der Zuwanderungspolitik

■ = ohne Migrationshintergrund, ■ = mit Migrationshintergrund



Daten: SVR-Migrationsbarometer 2011



# Legale Migration erleichtern – illegale Migration verhüten

## EU-Kommission schlägt Konzept für koordinierte Zuwanderungspolitik vor

Vor dem Hintergrund der Fluchten über das Mittelmeer in die EU hat die EU-Kommission am 4. Mai 2011 ein Konzept der EU zu den Herausforderungen und Chancen von Migration vorgelegt. Ziel ist es, umfassend und schnell reagieren zu können. Dabei geht es um folgende Aspekte:

- Vollendung des gemeinsamen europäischen Asylsystems bis 2012 gemäß den Grundwerten der Union und ihren internationalen Verpflichtungen.
- Strengere Grenzkontrollen und Schengen-Governance mit folgenden Zielen: Eindämmung der il-

legalen Einwanderung, Gewährleistung, dass jeder Mitgliedstaat seinen Teil der EU-Außengrenzen wirksam entsprechend den Regeln und dem Geist des EU-Rechts kontrolliert, und Aufbau von Vertrauen in die Wirksamkeit des EU-Systems zur Migrationssteuerung.

- Gezielte Lenkung der legalen Migration, um qualifizierten Personen die Einwanderung in die EU zu erleichtern und zur Deckung des erwarteten Arbeitskräfte- und Qualifikationsmangels und zum Ausgleich der erwarteten Abnahme der Personen im arbeitsfähigen Alter beizutragen.
- Austausch zwischen den Mitgliedstaaten von beispielhaften Verfahren für die Integration von legalen Einwanderern in der Weise, dass der wirt-

schaftliche Nutzen der Einwanderung maximiert und der soziale Frieden in der Union gewährleistet wird.

- Ein strategisches Konzept für die Beziehungen mit Drittländern in Bezug auf migrationsrelevante Themen, das darauf ausgerichtet ist, den freien Personenverkehr durch bessere legale Migrationsmöglichkeiten zu erleichtern und zugleich illegale Migration zu verhüten.

Das Konzept wurde am 12. Mai 2011 im Rat der Innen- und Justizminister diskutiert und zustimmend zur Kenntnis genommen. Am 24. Juni 2011 soll im Europäischen Rat eine Diskussion mit Schwerpunkt Migration folgen.


## Unterstützung beim Berufseinstieg

### Bremer Projekt „Antidiskriminierung in der Arbeitswelt“

Das Projekt „Antidiskriminierung in der Arbeitswelt“ (ADA), an dem sich auch der DGB Bremen beteiligt, will in Bremen ein Kompetenzzentrum für Bildung, Qualifizierung und Beratung gründen, um im Job benachteiligten Menschen Hilfe zu bieten. Vor allem jun-

gen Migrantinnen und Migranten will ADA beim Einstieg in Ausbildung und Arbeitswelt zur Seite stehen. Außerdem sollen Betriebsräte, Ausbilderinnen und Ausbilder, Berufsschullehrerinnen und -lehrer sowie Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter mit speziellen Bildungsangeboten für das Thema Antidiskriminierung sensibilisiert und qualifiziert werden. Organisiert wird das Projekt von Arbeit und Leben Bremen. Beteilig-

sind auch der DGB und seine Mitgliedsgewerkschaften sowie Berufsschulen.

 Infos unter: [www.ada-bremen.de](http://www.ada-bremen.de)


## „ausgeLAGERt“

### Aufruf von Pro Asyl zur Situation von Flüchtlingen/Lagerkarte veröffentlicht

Hinter den Begriffen Erstaufnahmeeinrichtung oder Ausreisezentrum verstecken sich weder Hotel noch Reisebüro. Mit diesen beschönigenden bürokratischen Ausdrücken sind Lager gemeint, in denen Flüchtlinge zwangsweise untergebracht werden, teils unter beabsichtigt unmenschlichen Bedingungen. Etwa 40.000 Menschen leben in solchen Lagern, mit Lebensbedingungen die teilweise weit unter den sozialstaatlichen Mindeststandards liegen. Alles ist auf Abschreckung

gepol. Die Unterbringung soll laut einer Bayerischen Verordnung „die Bereitschaft zur Rückkehr in das Heimatland fördern“. Im besagten Freistaat leben 7.500 Menschen in 118 Lagern, in Mehrbettzimmern, unter fragwürdigen Bedingungen von Gutscheinen und aus Gemeinschaftsküchen, die Kleidung ist „gebraucht“. Ihre Situation verbessern können die Flüchtlinge auch nicht. Erst gilt ein Arbeitsverbot, darauf folgt die Vorrangprüfung, einen Anspruch auf Sprach- oder Integrationskurse gibt es nicht.

Pro Asyl startete deshalb einen Aufruf an den Bundestag, diese Praxis der unmenschlichen Ausgrenzung zu beenden, an dem man sich im Internet beteiligen kann. Eine gemeinschaftliche Publikation mit den Landesflüchtlingsräten unter dem Titel „ausgeLAGERt“ und eine interaktive Lagerkarte sollen über dieses Thema aufklären.

-  Die Landkarte „Lager in Deutschland“ findet man unter: [www.proasyl.de/de/themen/lagerkarte/](http://www.proasyl.de/de/themen/lagerkarte/)  
Die Publikation „ausgeLAGERt“ steht im Netz unter: [www.migration-online.de/ausgelagert](http://www.migration-online.de/ausgelagert)  
Den Aufruf zur Unterzeichnung unter: [www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q\\_PUBLIKATIONEN/2011/Aufruf\\_SchlusssozialeEntrechtung.pdf](http://www.proasyl.de/fileadmin/fm-dam/q_PUBLIKATIONEN/2011/Aufruf_SchlusssozialeEntrechtung.pdf)



### TERMINE

#### Seminar: 28.06.–01.07.2011

Erlernen, vertiefen und üben der Strategien zur Gleichbehandlung – Betriebs- und Personalräte los!

Ort: DGB Tagungszentrum Starnberger See

#### Seminar: 09.07.2011

Projektmanagement 1 für MSO: Projektvorbereitung Fördermodelle, Mittelgeber, Projektskizze  
Ort: BLM Büro-Service GmbH, München

#### Seminar: 10.07.2011


Projektmanagement 2 für MSO: Projektvorbereitung Finanzplan und Antragsunterlagen  
Ort: BLM Büro-Service GmbH, München

#### Seminar: 23.07.2011

Projektmanagement 3 für MSO: Projektdurchführung Controlling: Finanzen  
Ort: BLM Büro-Service GmbH, München

#### Seminar: 24.07.2011

Projektmanagement 4 für MSO: Projektdurchführung Controlling: Inhalte, Ziele  
Ort: BLM Büro-Service GmbH, München

Weiter Informationen und Anmeldung unter:  [www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)



# „Neue EU-Strategie zur Verbesserung der Lage von Roma und Sinti in Europa muss Aufbau nachhaltiger Strukturen verfolgen“



**Kommentar von Romani Rose, Vorsitzender des Zentralrats Deutscher Sinti und Roma**

Die aktuell von der Europäischen Kommission entwickelte „Roma-Strategie“ ist ein notwendiger Schritt, um die Lage der Roma in der Gemeinschaft zu verbessern.

Die mangelhafte Umsetzung nationaler Strategien darf aber nicht dazu führen, dass einzelne Länder ihre unmittelbare Verantwortung an die Europäische Union weiterzugeben versuchen, indem sie Roma als „europäisches Problem“ darstellen und dafür eine „europäische Lösung“ verlangen. Roma und Sinti sind keine „europäische Minderheit“, sondern nationale Minderheiten in ihren jeweiligen Heimatländern. (...)

Für den Zentralrat Deutscher Sinti und Roma ist die direkte und maßgebliche Beteiligung der Roma-Gemeinschaften an Planung, Durchführung und Auswertung von Strategien und Aktionsplänen, von Programmen und Projekten Voraussetzung für eine erfolgreiche Implementierung und eine nachhaltige Verbesserung. (...)

Wir regen daher an, die vorhandenen Strukturen des Roma Education Fund (REF) zu nutzen, und sein Mandat zu erweitern. Ausgehend davon, dass im Zentrum der REF-Aktivitäten die Kinder stehen und dass für das Kindeswohl eine hinreichende Versorgung mit Wohnung unerlässlich ist, wird vorgeschlagen, den Roma Education Fund mit dem Bereich Wohnen langfristig zu beauftragen.

Der REF verfügt inzwischen über ein Netzwerk von nationalen und lokalen Partnern und kann Mittel der


Europäischen Kommission direkt an den Orten in Wohnprojekten einbringen, an denen er bereits mit Bildungsprojekten aktiv ist. Dabei müssen die beteiligten Roma-Familien, die von Wohnprojekten profitieren sollen, direkt eingebunden sein, sowohl durch Arbeitsverträge als auch durch Qualifizierungsmaßnahmen.

Die notwendige Infrastruktur (Wasser, Strom, Kanalisation, Straßen etc.) muss parallel von den jeweiligen Kommunen aufgebaut werden, was wiederum mit Beteiligung der Roma erfolgen muss. (...)

## Notwendige Elemente einer EU-Roma-Strategie

- Volle Anerkennung als nationale Minderheit
  - Roma und Sinti müssen in ihren jeweiligen Heimatländern nicht nur nach dem Gesetz sondern auch in der politischen und gesellschaftlichen Praxis als nationale Minderheiten anerkannt werden und ebenso wie die übrigen nationalen Minderheiten den Schutz und die Förderung der verantwortlichen Regierungen erhalten.
- Aufbau und Unterstützung stabiler und eigenständiger Strukturen der Roma-Minderheit
  - Direkte Beteiligung von Roma-Organisationen an der Erarbeitung der EU-Strategie
  - Unterstützung von Roma-Organisationen auf lokaler, nationaler und internationaler Ebene
- Vereinfachung des EU-Antragsverfahrens
  - Möglichkeit für Nicht-Regierungsorganisationen, direkt auf Förderprogramme der Europäischen Kommission zuzugreifen, d.h. ohne Beteiligung nationaler Ministerien
  - Finanzierungsinstrumente für kleine und mittlere Nicht-Regierungsorganisationen bereitstellen, die keine Vorfinanzierung leisten können
  - Klare Zuordnung von Verantwortung auf europäischer, nationaler und lokaler Ebene und dauernde Beobachtung und Auswertung der Programme und Verfahren
- Verbesserung der Infrastruktur
  - Eine wichtige Voraussetzung für die Gleichstellung von Roma und Sinti in Europa ist die Herstellung menschenwürdiger Wohnverhältnisse für die Angehörigen der Minderheit überall dort, wo sie unter gettoähnlichen Bedingungen ohne ausreichende Versorgung mit Wasser, Strom, Kanalisation usw. leben müssen
  - Direkte Beteiligung der Roma vor Ort an Planung und Durchführung von Infrastrukturmaßnahmen

- Langfristige Programme
  - Möglichkeit für langfristige und integrierte Programme auf lokaler Ebene, eingebunden in die regionale Entwicklung. D.h. gezielte Maßnahmen sollen kurzfristig möglich sein, langfristig jedoch Projekte, die die Integration in die Entwicklung der Region befördern.

 Der hier veröffentlichte Kommentar ist leicht gekürzt. Die Originalversion steht im Internet unter:  
[www.migration-online/kommentar\\_romani\\_rose](http://www.migration-online/kommentar_romani_rose)

## IMPRESSUM

Herausgeber: DGB Bildungswerk BUND e.V.  
 Vorsitzende: Ingrid Sehrbrock  
 Geschäftsführer: Dr. Dieter Eich

Verantwortlich für den Inhalt: Leo Monz  
 Koordination: Michaela Dälken  
 Redaktion: Bernd Mansel, Medienbüro Arbeitswelt  
 Layout/Satz: ideaal, Essen  
 Fotos: photocase: michelaneous, gregor;  
 Zentralrat Deutscher Sinti und Roma  
 Erscheinungsweise: Monatlich

DGB Bildungswerk BUND e.V.  
 Bereich Migration & Qualifizierung  
 Hans-Böckler-Straße 39  
 40476 Düsseldorf  
 Telefon 02 11/43 01-1 99  
 Telefax 02 11/43 01-1 34  
[migration@dgb-bildungswerk.de](mailto:migration@dgb-bildungswerk.de)  
[www.migration-online.de](http://www.migration-online.de)

## GEFÖRDERT DURCH



 Bundesministerium des Innern

 Bundesamt für Migration und Flüchtlinge



Europäischer Integrationsfonds